



Oktober 2015

Liebe Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

die Flüchtlingskrise bestimmt derzeit die politische Diskussion wie kaum ein anderes Thema. Die Meinungen gehen weit auseinander und spalten Familien und Freundeskreise. An manchen Tagen überschreiten mehr als 10.000 Menschen die deutschen Grenzen. Ich sehe es als unsere gesellschaftliche Verantwortung an, dass wir den Menschen helfen und Asyl gewähren, die vor Krieg und Terror flüchten mussten. Als Industrieland mit hohem Entwicklungsstand sind wir auch in der Lage diese Solidarität zu leisten. Wir müssen aber auch deutlich machen, dass es Grenzen der Belastbarkeit gibt und nicht nur wenige europäische Länder, in der Hauptlast Deutschland, diese Herausforderung bewältigen können, sondern dass hier die Europäische Union als Werte- und Solidargemeinschaft gefordert ist, diesen Anspruch in der Praxis unter Beweis zu stellen.

Gleichzeitig kann über das Asylrecht nicht eine Zuwanderung von Menschen aus wirtschaftlichen Gründen erfolgen. Diese Aspekte sind klar zu trennen und es muss darum gehen, dass sich Menschen, die zu uns kommen auf Basis unseres Rechtsstaates integrieren und perspektivisch möglichst von ihrer Hände Arbeit leben können. Alles andere überfordert unsere Gesellschaft und die Akzeptanz für Hilfe würde sinken, was sich negativ auf die hilfebedürftigen Menschen auswirkt.

Auf dem Krisentreffen in Brüssel am Sonntag hat man sich auf einen 17-Punkte Plan geeinigt, um der Flüchtlingskrise Herr zu werden. Es ist noch nicht der große Schritt nach vorne aber ein wichtiger Bestandteil der Krisenbewältigung. Ich bin den Städten und Gemeinden und dem Landkreis Görlitz sowie allen haupt- und ehrenamtlichen Helfern für ihre großartige und aufopferungsvolle Unterstützung für die Menschen, die zu uns kommen, dankbar.

Im aktuellen Bürgerbrief erfahren Sie etwas zur Thematik der Elektromobilität, der gegenwärtigen Asyldiskussion, zur Grenzüberschreitenden Förderung sowie zu den Feierlichkeiten anlässlich der Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Wiedergründung des Freistaates Sachsen vor 25 Jahren.

Ich freue mich auf den persönlichen Austausch zu den Fragen unserer Zeit und stehe gerne im Rahmen meiner Bürgersprechstunde am 16. November 2015 für ein persönliches Gespräch zur Verfügung.

Weil wie hier leben wollen!

Mit herzlichen Grüßen

Stephan Meyer

Inhalt

Meyer unterwegs ...

1. Impulsreferat zur Tagung der Studentenpfarrer

(1. Oktober 2015)

2. Rede anlässlich der Veranstaltung „Perspektiven der vernetzten eMobilität“

(1. Oktober 2015)

3. Festakt – 25 Jahre Deutsche Einheit (3. Oktober 2015) & Festveranstaltung – 25 Jahre Sächsischer Landtag

(27. Oktober 2015)

4. Besuchergruppen zur Oktober-Plenarsitzung des Sächsischen Landtags

(7. Oktober 2015)

5. Redebeitrag zur Aktuellen Stunde der Plenarsitzung

(8. Oktober 2015)

6. CDU-Politiker gegen „Politik der offenen Grenzen“ – Offener Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel

(14. Oktober 2015)

7. Startschuss für polnisch-sächsisches Kooperationsprogramm

(15. Oktober 2015)

8. Nächste Bürgersprechstunde





IMPULSREFERAT ZUR TAGUNG DER STUDENTENPFARRER

Als Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses durfte ich am **1. Oktober 2015** in Freiberg/Sachsen mit einem Impuls auf der Tagung der Studentenfarrer aus ganz Deutschland zum Thema "Die Stellung der Studentengemeinden an den Hochschulen" die Diskussion eröffnen. Religion ist aus meiner Sicht die Suche nach Vertrauen, nach Wissenschaft, nach der Wahrheit und Politik - die Suche nach der Mehrheit. Es ist daher gut und wichtig, dass wir miteinander im Dialog sind, um dieser "Suche" möglichst auch das "Finden" folgen zu lassen. Dabei standen die Fragen

„Wie blickt der Staat / die Hochschulen auf die evangelische und katholische Studierendenarbeit? Wie sehen Sie das Verhältnis zwischen Hochschulen, Studentengemeinden, Kirche, Religionen?“

„Wie blickt der Staat / die Hochschulen auf die evangelische und katholische Studierendenarbeit?“

im Mittelpunkt des Gesprächs. [Hier](#) finden Sie den Impuls.

„PERSPEKTIVEN DER VERNETZTEN eMOBILITÄT“

Als Mitglied des wissenschaftlichen Beirates des Instituts für Vernetzte Mobilität Sachsen begleite ich die Arbeit an diesem für den Freistaat Sachsen industriepolitisch wichtigen Thema im politischen Raum. Elektromobilität, Leichtbau und IT-Vernetzung sind wesentliche Bereiche, deren

Forschungsergebnisse durch sächsische Unternehmen zu Wertschöpfung führen können.



(Bildnachweis: IVM Sachsen)

Zum ersten Geburtstag des Instituts konnte ich am **1. Oktober 2015** im Rahmen einer Fachveranstaltung diese Bedeutung herausstellen.

Etwa 40 Teilnehmer lauschten interessanten Vorträgen und fanden sich im Nachgang bei einem kleinen Imbiss zu angeregten Diskussionen zusammen. Dabei wurden nicht nur neue Kontakte geknüpft, sondern die Gäste holten sich auch neue Anregungen für Forschungsprojekte und Geschäftsideen.

Anstoß zu den angeregten Gesprächen haben vor allen die beiden Vorträge von Herrn Prof Dr. Uwe Götze (Lehrstuhlinhaber der Professur „Unternehmensrechnung und Controlling“ der Technischen Universität Chemnitz) und von Herrn Prof. Dr. Albrecht Mugler (Aufsichtsratsvorsitzender der MUGLER AG) gegeben. Während Prof. Götze den Inhalt seines Vortrages „Innovationsbarrieren der Vernetzten eMobilität“ in Richtung Vertreter der Politik und Verwaltung adressierte, standen bei Prof. Mugler mit seinem Vortrag „Neue Geschäftsfelder in der Vernetzten eMobilität“ aus Sicht eines





mittelständischen Unternehmers“ eher die Gäste aus der sächsischen Wirtschaft im Mittelpunkt der Ansprache.

Die Veranstaltung hat eines ganz deutlich gezeigt: Die „Vernetzte eMobilität“ ist Zukunftsthema und hat eine enorme Anziehungskraft. Das Thema hat nicht nur für Unternehmen, die sich ein neues Geschäftsfeld erschließen möchten, eine hohe Attraktivität, sondern auch für Wissenschaftler bietet es spannende Forschungsfragen. Damit entwickelt das Thema Potenziale für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Sachsen.

(Quelle: **IVM Sachsen**)

Weitere Informationen finden Sie unter folgender Verlinkung:

[Rede des CDU-Landtagsabgeordneten Dr. Stephan Meyer anlässlich der Veranstaltung „Perspektiven der Vernetzten eMobilität“ am 01. Oktober 2015](#)

FESTAKT - 25 JAHRE DEUTSCHE EINHEIT

Traditionell begeht der Sächsische Landtag als einziges deutsches Länderparlament den Tag der deutschen Einheit mit einer Feierstunde. Über 400 geladene Gäste verfolgten am **3. Oktober 2015** den Festakt zum 25jährigen Jubiläum im Plenarsaal. 25 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands war die Feierstunde Anlass, um die internationale Dimension der historischen Ereignisse zu beleuchten und diese den Betrachtungen eines sächsischen Bürgerrechtlers gegenüberzustellen. Die Festreden hielten Frank Richter, Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung und Gründer der Gruppe der

20 in Dresden während der Friedlichen Revolution, sowie Sir Christopher Munro Clark, Historiker aus Cambridge.

Am **27. Oktober 1990** trat der erste Sächsische Landtag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. In einem Festakt erinnerte der Landtag in der Dreikönigskirche an seine Gründung. Dabei stellte Landtagspräsident a.D. Erich Iltgen den Weg vom Runden Tisch zum Parlament in den bewegten Monaten 1990 eindrücklich dar, während der ehemalige Bundesverfassungsrichter Prof. di Fabio die Bedeutung und notwendigen Reformen in einer föderalen Republik herausstellte. In einer anschließenden Podiumsdiskussion gingen unter anderem Antje Hermenau und Arnold Vaatz auf die Notwendigkeit des Dialogs mit der Bevölkerung ein, der gerade vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Demonstrationen an Bedeutung gewinnt.





BESUCHERGRUPPEN ZUR OKTOBER- PLENARSITZUNG DES SÄCHSISCHEN LANDTAGS

Auch zur Plenarsitzung des Sächsischen Landtags am **7. Oktober 2015** haben wir eine gute Tradition fortgesetzt – den Empfang von Besuchergruppen zur Diskussion im Abgeordnetengespräch und Besichtigung des Sächsischen Landtags.



Mit der Volkshochschule Dreiländereck und dem trinationalen Kinder- und Jugendparlament

Neiße waren zwei Besuchergruppen aus der Oberlausitz zu Gast in Dresden. Für mich hieß das: vier Stunden am Stück Politik erklären und diskutieren - das ist anstrengend, aber es hat Spaß gemacht und sich gelohnt. Viele nutzen die Gelegenheit Fragen zu stellen. Themen die bewegen sind zum Beispiel: B 178n, Sicherheit in der Grenzregion, europäische Lösungsansätze für verschiedene Themen, Strafmaß für Täter, Schengen-Grenzen usw. eingegangen. Kein Bundesland gibt mehr Geld für die Kultur aus, als der Freistaat Sachsen.



REDEBEITRAG ZUR AKTUELLEN STUNDE DER PLENARSITZUNG

- GRÜNDE FÜR DIE GLAUBWÜRDIGKEITSKRISE VON MEDIEN UND POLITIK

8. Oktober 2015, Dr. Stephan Meyer, CDU:
„Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe überlegt, ob ich jetzt noch einmal spreche, nach dem emotionalen Auftritt von Frau Dr. Muster. Ich glaube, es hat aber einfach gezeigt, dass der Debattentitel gar nicht so schlecht ist und dass es auch gut ist, dass wir darüber einmal gesprochen haben. In der Tat haben wir eine gewisse Glaubwürdigkeitskrise, sowohl wir als Politik als auch die Medien, weil ich feststelle, dass dieser Streit, der heute wieder gelebt wurde, das ist, was wir als Bild nach außen vermitteln. Manchmal habe ich das Gefühl, dass wir mittlerweile nur noch von linken und rechten extremen Meinungen die veröffentlichte Meinung transportieren, und eigentlich das, was die Mehrheit der Menschen denkt, was pragmatisch ist und was der Komplexität der gegenwärtigen Fragen gerecht wird, gar nicht mehr herübergebracht wird, dass die Leute dann natürlich abschalten und die Biedermeierzeit wieder anbricht: Sie verziehen sich ins Wohnzimmer und lassen die Politik und die Medien ihr Ding machen. Das ist es, weshalb wir aufwachen müssen. Das ist etwas, über das wir ernsthaft reden müssen, ob das gut ist oder ob wir uns vielleicht auf einem falschen Weg befinden.“

Die ganzen Ressentiments und Kampfbegriffe, die





wir eigentlich nicht verwenden wollen, sind heute auch wieder gefallen: Lügenpresse, Volksverräter. Die Nazikeule wurde sofort wieder herausgeholt. Genau das ist es, was wir nicht machen sollten. Es gibt nicht nur die „besorgten Bürger“. Ich habe meine Zweifel, ob jeder, der bei Pegida mitläuft, tatsächlich Gutes im Schilde führt. Ich möchte sagen, dass ich in meinen vielen Gesprächen, die sicherlich wir alle mit Bürgern führen, die Sorgen wahrnehme. Es gibt Sorgen bei den Bürgern. Es ist wichtig, dass wir das als Thema begreifen und uns auch dieser Sache stellen. Wir müssen uns also fragen, ob wir immer die richtigen Antworten oder die richtige Art der Vermittlung unserer Themen und Lösungen für die komplexen Sachverhalte finden. Letztendlich brauchen wir nämlich die Menschen dafür. Wir brauchen Antworten. Wir brauchen die Menschen dafür, dass die Akzeptanz für die Lösung von Fragen zur Flüchtlingskrise auch geschaffen wird. Daran habe ich manchmal meine Zweifel. Vielleicht war es ein Denkanstoß, den wir heute hier mit der Debatte bekommen haben. Diesen brauchen wir. Diesen müssen wir auch so nach außen tragen. Vielen Dank.“

CDU-MITGLIEDER GEGEN „POLITIK DER OFFENEN GRENZEN“ - OFFENER BRIEF AN BUNDESKANZLERIN ANGELA MERKEL

Wochenkurier, Artikel vom **14. Oktober 2014**: Sachsen. Die CDU-Basis rebelliert gegen die Merkelsche „Politik der offenen Grenzen“. Ihre Sorgen und Ängste, aber auch Vorschläge zur Bewältigung der Asylherausforderung, haben jetzt Christdemokraten – vorrangig aus dem Osten der

Republik – in einem offenen Brief an die Bundeskanzlerin formuliert. So wird z.B. die Beschleunigung von Abschiebungen und Rücküberstellungen sowie die Wiederherstellung der Geltung des europäischen und deutschen Rechts gefordert.

Zu den Beweggründen für diesen offenen Brief erklärt der Zittauer Landtagsabgeordnete Dr. Stephan Meyer:

„Die Flüchtlingsthematik prägt wie kaum ein anderes Thema die gegenwärtigen Diskussionen und stellt uns vor große Herausforderungen. Aus meiner Sicht ist Deutschland durchaus in der Lage und auch in Verantwortung den Menschen Asyl zu gewähren, die vor Krieg und Terror aus ihrer Heimat flüchten müssen. Wir erleben derzeit einen gewaltigen Anstieg der Flüchtlingszahlen in Deutschland und müssen gleichzeitig zur Kenntnis nehmen, dass europäisches Recht in einigen Mitgliedsstaaten nicht eingehalten wird. Mit dem offenen Brief haben sich Kollegen und ich an die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel gewandt, um unserer Auffassung im Hinblick auf die notwendigen Schritte zu einer besseren Koordination Ausdruck zu verleihen.“

Ich bin den Städten und Gemeinden und dem Landkreis Görlitz sowie allen haupt- und ehrenamtlichen Helfern für ihre großartige und aufopferungsvolle Unterstützung für die Menschen, die zu uns kommen, dankbar. Gleichzeitig erlebe ich auch eine große Hilfsbereitschaft der Menschen in unserer Region. Diese Hilfsbereitschaft und Akzeptanz dürfen wir jedoch nicht gefährden, indem teilweise erforderliche Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingsthematik noch nicht im erforderlichen Maße umgesetzt werden.“





→ [Hier](#) finden Sie den Offenen Brief an Frau Merkel vom 4. Oktober 2

Weitere Informationen finden Sie hier:

<http://www.cdu-fraktion-sachsen.de/magazin/themen/details/gerechtigkeit-und-transparenz-herausforderungen-der-asyl-und-fluechtlingspolitik-meistern.html>

http://issuu.com/cdufraktionsachsen/docs/cdu-forderungen_asylpolitik/1

STARTSCHUSS FÜR POLNISCH-SÄCHSISCHES KOOPERATIONSPROGRAMM

Bis zum Jahr 2020 70 Millionen Euro für grenzübergreifende Projekte.

Sachsen und Polen starteten am **15. Oktober 2015** auf einer Veranstaltung auf Schloss Kliczków in der polnischen Wojewodschaft Niederschlesien das grenzübergreifende „Kooperationsprogramm INTERREG Polen-Sachsen 2014-2020“. Bis 2020 stehen für die grenzübergreifende Zusammenarbeit rund 70 Millionen Euro bereit. Damit können Projekte in den Bereichen Natur- und Kulturerbe, regionale Mobilität, grenzübergreifende Aus- und Weiterbildung sowie partnerschaftliche Zusammenarbeit unterstützt werden. Die Fördermittel stammen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) sowie aus nationalen Beiträgen der beiden Nachbarländer. „Mit dem heute gestarteten Programm werden wir unsere gute Zusammenarbeit der vergangenen Jahre fortsetzen und der Erfolgsgeschichte ein weiteres Kapitel hinzufügen“, freut sich Sachsens Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft, Thomas Schmidt. „In der vergangenen

Förderperiode konnten wir im Rahmen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit viele Projekte unterstützen, bei denen Sachsen und Polen zusammengearbeitet haben und die Grenze vergessen ließen. Mit Infrastrukturmaßnahmen haben sie die grenznahen Regionen attraktiver gemacht. Menschen aller Altersgruppen haben sich bei Begegnungsprojekten kennengelernt und Sprachbarrieren überwunden. Nicht zu vergessen die gemeinsamen Übungen der Feuerwehren sowie die Zusammenarbeit der Polizei.“ Bei der Auftaktveranstaltung erhielten die potentiellen Projektträger Informationen über Inhalte und Verfahren des neuen Kooperationsprogramms. Antragsteller können zum Beispiel Vereine, aber auch Institutionen und Behörden sein. Wie schon in der vergangenen Förderperiode müssen die geförderten Vorhaben von Projektpartnern aus Sachsen und Polen gemeinsam entwickelt und umgesetzt werden. Außerdem müssen die Partner die Projekte entweder gemeinsam finanzieren oder gemeinsames Personal einsetzen. Eine Reihe von Antrags- und Verfahrensschritten konnten für diese Förderperiode vereinfacht werden. Zum Programmgebiet des „Kooperationsprogramms INTERREG Polen - Sachsen 2014-2020“ gehören auf sächsischer Seite die Landkreise Bautzen und Görlitz sowie in Polen die neu festgelegte Unterregion Jelenia Góra in der Wojewodschaft Niederschlesien und der Landkreis Żarski in der Wojewodschaft Lebus. Anders als bisher übernimmt in der neuen Förderperiode Polen die Verwaltung des gemeinsamen Programms. **Hintergrund:** In der abgelaufenen Förderperiode konnten über das Operationelle Programm Polen - Sachsen mehr als 140 Projekte in den grenznahen Bereichen von Sachsen und Polen mit rund 105 Millionen Euro unterstützt werden. Die geförderten Projekte kamen aus den Bereichen





Natur- und Umweltschutz, Bildung, Kultur, Wirtschaft, Tourismus und Verkehr bis hin zur Zusammenarbeit von Polizei, Rettungswesen, Brand- und Katastrophenschutz. Kooperationsprogramm INTERREG Polen – Sachsen 2014-2020: plsn.eu

Nächste Bürgersprechstunde

Monatlich führe ich eine Bürgersprechstunde durch. Zu dieser können sich Bürgerinnen und Bürger anmelden, um mir ihre Anliegen näherzubringen und um miteinander ins Gespräch zu kommen.

Ich bin als Ihr Landtagsabgeordneter stets an Ihrer Meinung interessiert, andererseits bin ich jedoch auch bemüht, die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger nicht nur „anzuhören“, sondern auch zu einer Lösung zu führen. Zahlreiche Menschen haben in ihrem Heimatort Probleme, benötigen Unterstützung oder Kontaktvermittlung. Gern helfe ich diesen hier weiter, nehme mich deren Problemen an.

Meine monatliche Sprechstunde findet am 16. November von 9.00 – 12.00 Uhr im CDU-Wahlkreisbüro im Dornspachhaus, Bautzner Str. 2, Zittau statt.

Gern habe ich für Ihre Anliegen ein offenes Ohr und versuche Ihnen weiterzuhelfen.

Bitte melden Sie sich bei meinem Büro unter 03583/790 140 oder stephan.meyer@slt.sachsen.de an.

